

Neue Anzeige bei Immofinanz

Ermittlungen gegen Zehetner & Co: Im Verfahren tut sich eine neue Nebenfront auf. Es geht um Vergütungen für die Vorstände.

Die Sachverhaltsdarstellung war bereits am 14. Dezember 2009 bei der Staatsanwaltschaft eingebracht worden. Dass die Polizei erst im heurigen September den Ermittlungsauftrag (Aktenzahl 601ST31/10b) bekam, begründet Thomas Vecsey, Sprecher der Wiener Staatsanwaltschaft, mit Arbeitsüberlastung. Die Causa Immofinanz samt Buwo ist das bisher größte Verfahren am Wiener Landesgericht.

An der neuen Nebenfront geht es nicht um den ehemaligen Immofinanz-Chef Karl Petrikovics. Sondern um den Kauf von Wandelanleihen im Frühjahr 2009 durch seinen Nachfolger Eduard Zehetner, die Vorstände Daniel Riedl und Michael Wurzinger sowie die damaligen Immoeast-Chefs Edgar Rosenmayr und Manfred Wiltschnigg. Den fünf Managern wird Untreue und Verstoß gegen die Veröffentlichungspflichten vorgeworfen. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Der Hintergrund: Die Immofinanz kaufte Wandelanleihen im Nominalwert von 74,9 Millionen Euro zurück. Da der Aktienkurs damals im Trüben grundelte, lag der Kurs der 2014 bzw. 2017 zu tilgenden Anleihen um mehr als 70 Prozent unter dem Nominale. Die Immofinanz bot den Vorständen mit Genehmigung des Aufsichtsrates einen Teil der gerade zurückgekauften Anleihen an. Die Vorstände kauften Anleihen um insgesamt 5,245 Millionen Euro.

Dies wird in der Sachverhaltsdarstellung bereits als "ganz bewusste Schädigung der Gesellschaft" bezeichnet, denn die Immofinanz hätte auch diese Anleihen selbst billig tilgen und damit damals einen Gewinn von rund 9,75 Millionen Euro realisieren können. Die Immofinanz finanzierte ihren Managern aber laut Anzeige auch noch den Erwerb der Wandelanleihe über ein vergünstigtes Darlehen und habe die Papiere selbst als Sicherheit akzeptiert. Insgesamt soll dem Unternehmen ein Schaden von "zumindest 20 Millionen Euro" entstanden sein. In der Anzeige wird auch ein Bericht des Format über dieses angebliche "Projekt Gold" zitiert. Die Anleihen notierten am Donnerstag bei 97 bzw. 77 Prozent des Nominales.

Verteidigung

Die Immofinanz weist alle Vorwürfe zurück und bezieht sich auf ein vom Aufsichtsrat genehmigtes "Long Term Incentive Program", um die Vorstände "längerfristig an das Unternehmen zu binden". Die Vorstände dürften ihre Wandelanleihen nicht vor Mitte 2011 verkaufen. Aufsichtsratschef Univ. Prof. Herbert Kofler verteidigt das Programm als "liquiditätsschonend, kostengünstig" und durch die Bindung des "er folgreich wirkenden Vorstands" an das Unternehmen auch "eindeutig im Interesse der Aktionäre". Er sehe nicht einmal ansatzweise eine strafrechtliche Problematik.

Detail am Rande: Die Sachverhaltsdarstellung wurde offiziell von einem Anleger eingebracht. Es wird aber spekuliert, dass dahinter eine Retourkutsche von Petrikovics stehen könnte